DIE LINKE.
FRAKTION IM BUNDESTAG

AG Sicherheitspolitik
Paul Schäfer
Inge Höger
Hakki Keskin

Stellungnahme der AG Sicherheitspolitik

Verteidigungshaushalt 2009

Mit dem vorliegenden Entwurf zum Verteidigungshaushalt 2009 lässt die Bundesregierung keinen Zweifel daran, dass sie den unter der Vorgängerregierung begonnen Kurs der Auf- und Umrüstung der Bundeswehr für Auslandseinsätze kompromisslos fortzusetzen gedenkt. Nach NATO-Kriterien (also unter Miteinbeziehung von Ausgabenposten aus anderen Einzelplänen) steigt der Verteidigungshaushalt auf etwa 33,5 Mrd. €!
Während das Stockholmer Institut für Friedensforschung (SIPRI) und das Internationale Konversionszentrum in Bonn (BICC) in ihren jeweiligen Jahresberichten mit Besorgnis eine weltweite Aufrüstungsdynamik mit negativen Konsequenzen für den Weltfrieden konstatieren und auch die Bundesregierung in ihrem aktuellen Jahresabrüstungsbericht für 2007 festhält, dass sie „für die Universalisierung und Stärkung bestehender multilateraler Verträge und -regime zur Nichtverbreitung und Abrüstung“ eintritt,, bleibt dies ohne Konsequenzen für die eigene Haushaltspolitik.
Im Gegenteil: Nach Angaben von SIPRI belegt Deutschland sowohl bei Rüstungsexporten als bei den eigenen Rüstungsausgaben im weltweiten Vergleich einen Spitzenplatz. Die Bundesrepublik rangiert derzeit nach den USA und Russland auf dem dritten Platz der Waffenexporteure.
Auch der Verteidigungsetat soll 2009 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 1,4 Mrd. € aufgestockt werden (ohne Berücksichtigung der höheren Versorgungskosten), davon allein 540 Mio. € für die sogenannten Verteidigungsinvestiven Ausgaben (Beschaffung, Forschung und andere Investitionen). Mit 26,6 Mrd. € (ohne Versorgungsaufwendungen) erreicht der Haushaltsentwurf sogar fast das Niveau von 1992, als der Umfang der Bundeswehr fast doppelt so hoch war! Wie sehr die Friedensdividende – wenn es sie denn jemals gab – Makulatur geworden ist, verdeutlich ein Vergleich der Beschaffungsetats: damals wurden Rüstungsgüter im Wert von 3,9 Mrd. € gekauft, heute werden - wie zu Zeiten des Kalten Krieges – dafür 5,2 Mrd. € bereitgestellt.

Wie konsequent SPD und CDU/CSU den Aufrüstungskurs verfolgen, zeigt ein Vergleich der Haushaltsentwürfe 2006 und 2009: Ohne Berücksichtigung der Versorgungskosten (Pensionen und Renten) ergibt sich im Verteidigungshaushalt ein Plus von 2,8 Mrd. €! Insbesondere die Verteidigungsinvestiven Ausgaben sind von 6 Mrd. € auf 7,5 Mrd. € hochgeschnellt. Die Bundesregierung versucht allerdings, diese massive Aufstockung auf drei Faktoren zu reduzieren: den Anstieg bei den Kosten für Betriebsstoffe, den Mehrbedarf für die Modernisierung der Flugbereitschaft und die vereinbarten Lohn- und Gehaltsrunden 2008/09 inklusive der Wehrsolderhöhung. Wie fadenscheinig diese Begründung ist, lässt sich im Bundeswehrplan 2009 (S. 27) nachlesen: Dort räumt die Bundeswehr selber ein, dass insbesondere die eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen für Großvorhaben wie z.B. Eurofighter und Airbus 400M eine Aufstockung notwendig machen. Dies wird im nächsten Jahr zu einer Überplanung der Ausgaben für Beschaffung und Forschung von etwa 1,43 Mrd. € führen.

DIE LINKE.
FRAKTION IM BUNDESTAG

AG Sicherheitspolitik
Paul Schäfer
Inge Höger
Hakki Keskin

Entwicklung des Rüstungsetats (1992, 1999, 2006-2009) (in Mrd. €)

	1992 (ist)	1999 (ist)	2006 (soll)	2007 (soll)	2008 (soll)	*2009 (RE)*	+ / - (Vorjahr)
Betrieb	**20.526,4**	**18.601,8**	**17.205,0**	**17.180,8**	**16.954,2**	***17.609,3***	**+655,2**
Personal	13.895,7	12.352,2	11.781,9	11.618,1	11.507,6	*12.033,0*	+525,4
Material & Betrieb	6.630,6	6.219,5	5.423,2	5.562,7	5.446,6	*5.576,3*	+129,7
Betreiberverträge			**651,6**	**1.189,5**	**1.334,8**	***1.508,0***	**+173,3**
Investive Ausgaben	**6.448,5**	**5.974,5**	**6.023,5**	**6.377,5**	**7.001,9**	***7.542,3***	**+540,4**
Beschaffung	3.904,0	3.700,5	4.025,1	4.022,7	4.755,0	*5.278,3*	+523,3
Forschung	1.503,8	1.121,8	1.117,2	1.201,5	1.164,9	*1.160,9*	-4,0
Sonstige Investitionen (Anlagen)	1.040,7	1.152,3	881,2	1.153,4	1.082,0	*1.103,2*	+21,1
Gesamt 1	**26.974,8**	**24.576,4**	**23.880,0**	**24.747,7**	**25.290,9**	***26.659,7***	**+1.368,8**
Pension/Rente			3.992,5	4.034,8	4.159,6	*4.433,3*	+273,7
Gesamt 2			**27.872,5**	**28.782,5**	**29.450,5**	***31,093***	**+1.642,5**

Richtig ist allerdings, dass nicht nur das politische Ziel der Auf- und Umrüstung der Bundeswehr für den rasanten Anstieg des Verteidigungshaushalts verantwortlich zu machen ist. Eine Reihe von weiteren Fehlern der Bundesregierung, wie z.B. das Auslagern bzw. die Privatisierung von sogenannten militärisch nicht relevanten Aufgabenbereichen der Bundeswehr und eine fatale Auftragsgestaltung bei Beschaffungsvorhaben zugunsten der Rüstungsindustrie, haben ebenso einen erheblichen Beitrag zum Anstieg geleistet.
Die Privatisierung hat nicht – wie angekündigt – zu Einsparungen geführt, sondern im Gegenteil trotz verringerten Materialbestands und weniger Bundeswehrpersonal zu Mehrausgaben im Bereich Material und Betrieb. Inzwischen sind die direkten Kosten für Betreiberverträge von 651 Mio. € im Jahr 2006 auf 1,5 Mrd. € angestiegen ohne eine entsprechende Reduzierung der Bundeswehreigenen Ausgaben.
Die von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundestag genehmigten Großvorhaben lähmen für die nächsten Jahre jeglichen Gestaltungsspielraum und bergen zudem das Risiko ständiger industrieller Kostenanpassung nach oben. Paradebeispiel hierfür ist sicherlich das Eurofighter-Programm, dass Ende der 90er Jahren noch „nur“ etwa 13 Mrd. € kosten sollte. Derzeit werden die Gesamtkosten inklusive Forschung und Entwicklung und Bewaffnung mit mehr als 22 Mrd. € angegeben! Ingesamt verfolgt die Bundesregierung gegenwärtig mehr als 25 große Großvorhaben die den Steuerzahler insgesamt mehr als 50 Mrd. € kosten werden.

Die derzeitige Finanzplanung der Bundesregierung bis 2012 zeigt, dass sich an diesem Kurs auch in Zukunft nichts ändern soll. Der Verteidigungshaushalt soll konstant über 31 Mrd. € inklusive Versorgungsleistungen bleiben. Vergleicht man den jetzigen Haushaltsentwurf mit älteren Finanzplänen wird zudem deutlich, dass seit 2006, die späteren Ausgaben über dem ursprünglich geplanten Niveau lagen.

Tabelle: Zukünftige Ausgabenentwicklung des Plafonds (Vergleich 2007/2008/2009)* (in Mrd. €)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
HH2007	**27,9**	28,4	28,7	29,1	29,5		
HH2008		**28,4**	29,3	29,6	30,0	30,3	
HH2009			**29,5**	31,1	31,1	30,9	31,1

* Ohne Einnahmen des BMVg

Wie wenig Spielraum die Bundesregierung ohnehin aufgrund ihres selbstgewählten Kurses der Aufrüstung und Privatisierung hat, wird auch deutlich in der Darstellung der Verpflichtungsermächtigungen, d.h. von verbindlichen Ausgabenzusagen für zukünftige Haushaltsjahre, für sämtliche Bereiche des Bundeswehrbetriebs von der Materialerhaltung über Zusagen für Betreiberverträge bis hin zu Beschaffungsvorhaben. 2008 hat die Bundesregierung neue Verpflichtungsermächtigungen mit einem Gesamtwert von 10,1 Mrd. € beschlossen. Zusammen mit bereits vorher gebilligten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 49,5 Mrd. € waren also schon 59,6 Mrd. € zukünftiger Haushaltsmittel verpfändet – fast das doppelte des Verteidigungsetats. Auch 2009 plant die Bundesregierung erneut 9,8 Mrd. € neue Verpflichtungsermächtigungen aufzunehmen, so dass für die Zeit ab 2010 etwa 56 Mrd. € bereits vergeben sind. Mit anderen Worten: große Teile des Verteidigungshaushalts sind bereits auf viele Jahre hinaus verpfändet worden.

Tabelle: Verpflichtungsermächtigungen neu im jeweiligen Haushaltsjahr (in Mrd. €)

	Vor 2006	Neu 2006 (vor 2007)	Neu 2007 (vor 2008)	Neu 2008 (vor 2009)	Neu 2009	Fällig ab 2010
HH 2006	44,4	17,3				~ 40,0
HH 2007		(37,1)	15,6			~ 37,5
HH 2008			(49,5)	10,1		~ 43,4
HH 2009				(44,1)	9,8	~ 46,8

Der Verteidigungsetat wird zwar gerne von der Bundesregierung als von Gott gegeben präsentiert, wobei auch ein gewisser Gestaltungsspielraum eingeräumt wird. Aber dies darf nicht den Blick dafür versperren, dass sehr wohl grundsätzlich zu hinterfragen ist, wieso mehr als 10% der Staatseinnahmen für einen Gewaltapparat ausgegeben werden müssen, ohne dass reale militärische Bedrohungen existieren. Weder der Terrorismus noch sonstige mögliche Sicherheitsrisiken wie z.B. der Klimawandel oder die Verbreitung von Rüstungstechnologie und Massenvernichtungswaffen kann durch Militär wirksam bearbeitet werden. Der Einzelplan 14 ist der drittgrößte Einzelplan nach dem Etat für Arbeit und Soziales und der Bundesschuld – also der zweitgrößte für ein Ministerium. Mit 31,3 Mrd. € von 288,4 Mrd. € Staatshaushalt werden etwa 10,8% der Steuergelder für das Militär ausgegeben. Das Verteidigungsministerium stellt mit 61% den größten Personalanteil der staatlich Beschäftigten. Gerne wird genau dieses Personal als Rechtfertigung für weitere Aufstockungen des Verteidigungshaushaltes ins Feld geführt, sei es – wie gegenwärtig – unter Ver-

weis auf gestiegene Lohnkosten, den Bedarf für das „Sonderprogramm Kasernen West“ zur Sanierung der maroden Infrastruktur, den erhöhten Schutzbedarf für die Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz oder die Wehrsolderhöhung um zwei Euro. Absichtlich wird unterschlagen, dass sämtliche dieser Maßnahmen schon durch Verzicht auf eines der Großvorhaben problemlos früher hätte umgesetzt werden können: Die Wehrsolderhöhung schlägt gerade mal mit 79 Mio. € zu Buche (davon 46 Mio. € für Wehrdienstleistende und 33 Mio. für Zivildienstleistende), die Ost-West-Soldangleichung etwa 63 Mio. € pro Jahr, das Sanierungsprogramm für Kasernen in Westdeutschland mit 116 Mio. €. Das BMVg verlässt sich auf alterprobte Strategie, im Kleinen wenig bis nichts zu unternehmen und bei Bekanntwerden der Malaise dann eine Etaterhöhung zu fordern, dessen größerer Teil dann erneut in die Großvorhaben fließt.

Unter dem Strich sollte sich DIE LINKE in den Haushaltsberatungen 2009 für massive Kürzungen im Verteidigungsetat einsetzen. Bereits für das Haushaltsjahr 2008 haben wir eine sofortige Kürzung um 11,1% gefordert (3,26 Mrd. €). Der Aufrüstungskurs der Bundesregierung ist nicht nur sicherheitspolitisch falsch, sondern reduziert auch den finanziellen Handlungsspielraum, die drängenden gesellschaftlichen Probleme anzugehen. Mit dem Haushaltsentwurf wird der privilegierte Zugriff der Streitkräfte und Rüstungsindustrie auf 10% des Staatshaushalts fortgeschrieben.

Es gibt genügend Ansatzpunkte für seriöse Kürzungen im vorliegenden Entwurf des Verteidigungsetats, die zudem politisch die Weichen für die Bundeswehr in die richtige Richtung stellen würden mit weniger Personal und weniger Waffen:

- **Stopp von Auslandseinsätzen;**
- **Stopp von Großvorhaben, die nicht der Landesverteidigung dienen;**
- **Abschaffung der Wehrpflicht;**
- **Stopp der weiteren Privatisierung von nicht-militärischen Bereichen;**
- **Ausstieg aus den Raketenabwehrprogrammen der NATO;**
- **Stopp der Beteiligung an multinationalen Kampfverbänden wie der NATO Response Force oder den Battle Groups der EU;**
- **Drastische Reduzierung der militärischen Forschung, Entwicklung und Erprobung;**
- **Konsequente Umsetzung eingegangener internationaler Abrüstungsverpflichtungen, wie z.B. dem sofortigen Verzicht der Lagerung und Beschaffung von Streumunition und ähnlichen Munitionstypen.**